

**Sven Ratajczak**  
Willy-Brandt-Platz 8  
Raum 201  
D-44777 Bochum

Mobil: 0157 – 82 09 00 00  
Telefon: 0234 – 910 1295 / -96  
Fax: 0234 – 910 1297  
eMail: Sven.Ratajczak@Linksfraktionbochum.de

**Mehtap Yildirim**  
Telefon: 0234 – 910 1295 / -96  
Fax: 0234 – 910 1297  
eMail: Mehtap.Yildirim@Linksfraktionbochum.de

Internet: linksfraktionbochum.de

Bochum, den 06.04.2017

DIE LINKE. in der Bezirksvertretung Bochum Mitte, 44777 Bochum

An die  
Bezirksbürgermeisterin

Gabriele Spork

## **Anfrage der Fraktion DIE LINKE. in der Bezirksvertretung Mitte** zur 29. Sitzung am 06.04.2017

### **Konzept für öffentliche Sicherheit im Kortumpark**

Anwohnerinnen und Anwohner haben unsere Fraktion angesprochen, weil für sie die Situation im Kortumpark ein Problem darstellt. Sie berichten, dass sie insbesondere abends und nachts wegen Sicherheitsbedenken den Weg durch den Park meiden. Als Probleme wurden unter anderem Unsicherheit durch fehlende Beleuchtung einiger Wege und die Konfrontation mit öffentlichem Alkohol- und Drogenkonsum genannt.

Die Linksfraktion tritt für eine Politik der öffentlichen Sicherheit ein, deren Ziel es ist, dass öffentliche Plätze Orte für alle sind. Das heißt, dass niemand von der Nutzung ausgeschlossen wird, weder durch gefühlte bzw. tatsächliche Unsicherheit, noch durch eine Verdrängungspolitik. Vor diesem Hintergrund fragt DIE LINKE. in der Bezirksvertretung Mitte an:

1. Welche Handlungsspielräume sieht die Verwaltung, durch bauliche Maßnahmen, z.B. eine vollständige Beleuchtung der Wege, die Situation in dem Park zu verbessern?
2. Welche anderen Handlungsspielräume sieht die Verwaltung?
3. Erfolgreiche Konzepte der öffentlichen Sicherheit setzen auf Einbeziehung von Anwohner\*innen sowie aller Nutzer\*innengruppen des öffentlichen Raums. Dabei wird analysiert, welche Funktionen der konkrete Platz oder Park für die einzelnen Gruppen jeweils erfüllt, auf welche Defizite im städtischen Raum diese Nutzungen jeweils reagieren, und welche Konflikte durch die unterschiedlichen Nutzungen entstehen. In einem dritten Schritt wird unter möglichst breiter Beteiligung ein Handlungskonzept entwickelt, ohne dabei auf eine Vertreibungspolitik zu setzen, die Probleme nicht löst, sondern lediglich verlagert. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, einen solchen Prozess für den Bereich Kortumpark zu initiieren? Welche konkreten Schritte müssten dafür ergriffen werden?